



**Nach Wiener Wahldebakel der ÖVP: Besinnen sich die „Schwarzen“ ihrer Werte? Der „vergessene Familienlastenausgleich“**

## OFFENE FRAGEN AN DIE POLITIK: Schönborn ergreift Initiative

**Schamlose „Familienpolitik“ – Die „Aktion Erneuerung“ diskutiert „Offene Fragen an die Politik“ – Aus dem Familienlastenausgleichsfonds wurden 12,9 Milliarden „abgeschöpft“ – Klubobmann Khol: Ab 2003 brauchen wir das Geld nicht mehr – Wann wurde es zurückgegeben?**

Das „erneuerte“ NS-Schlagwort „Kinderbeihilfe“ ist ein übles Lobby-Manöver – Der „vergessene Familienlastenausgleich“ war ein christlich-soziales Fundament seit einem halben Jahrhundert. Die Wiener Wahlen am 10. Oktober 2010 dokumentieren das Ende der Wiener Volkspartei als ernstzunehmende politische Kraft. Von knapp 34 Prozent Wähleranteil unter dem Reichsbund-Obmann Leopold Hartl als Wiener ÖVP-Obmann und Heinrich Drimmel als Spitzenkandidat landeten die Wiener „Schwarzen“, die unter Erhard Busek noch einmal einen buntscheckigen Erfolg erzielen konnten, auf 13 Prozent der Wiener Stimmen. Da konnte auch die Anbiederung an die „Härte“ der Frau Innenminister nichts mehr zum Erfolg wenden.

**D**abei hat sich die neue Obfrau Marek ganz gut geschlagen. Sie wird nun von den Maroden in der Landespartei wohl mittelfristig hinausgedrängt werden. Mareks Rücktritt als Familien-Staatssekretärin rundet das Bild ihres redlichen Ringens um eine breite innerparteiliche Anerkennung ab. Das dürfte je-



WALTER RAMING

doch im Heckenschützen-Milieu wenig Erfolgchancen haben.

Das ist bitter! Schlimm aber ist wohl das völlige Nichtwissen um Grundwerte, mit denen einst die Wiener Christdemokraten erfolgreiche Politik machen konnten. So in der Familienpolitik. Wird nun jeweils nur auf

der Grundlage persönlicher Gruppen- und Eigeninteressen auf dem Rücken der Familien nur noch wertelos – „wertlos“ taktiert?

Oder was soll man davon halten, wenn der ehemalige ÖVP-Klubobmann Andreas Khol am 8. November 2010 in der ZIB 2 massiv für außerfamiliäre Einrichtungen eintritt (Kindergärten, Horte etc., die sicher auch wichtig sind), mit keinem Wort jedoch das einstige Fundament der ÖVP-Familienpolitik, den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), erwähnt oder gar dafür argumentiert. Seine Diskussionspartnerin in der ZIB 2 war die Präsidentin des Österreichischen Familienbundes Andrea Gottweis, die auch Familiensprecherin der ÖVP-Burgenland ist. Sie bekannte sich zum Familienlastenausgleich, der jedoch immer wieder Begehrlichkeiten der jeweils aktuellen Po-



Kardinal Schönborn

litik weckt. Das dokumentiert auch der nunmehr als Pensionistenlobbyist erfolgreiche Politiker Andreas Khol.

Als ÖVP-Klubchef verteidigte

er am 25. März 2000 in einem PRESSE-Interview die „Ab-schöpfung“ einiger Milliarden Euro aus dem Familienlastenausgleichsfonds für das Budget. Rund 8 Milliarden davon kommen aus dem Familienlastenausgleichsfonds, hatte der FPÖ-Finanzminister Karl Heinz Grasser in seiner Budgetrede verkündet. Der Klubobmann, der sich sehr gerne als katholisch-konservativ bezeichnet, beeilte sich klarzustellen, dass dieses Geld nur geliehen sei. Khol:

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Aus dem Inhalt:

Fragen an die Politik.....	Seite 2/3
Der Bundespräses .....	Seite 3
Charlys Tagebuchnotizen .....	Seite 4
Siegfried Ludwig wird 85 .....	Seite 5
Aktion Erneuerung .....	Seite 6
RB-intern .....	Seite 7

## FLAF

(Fortsetzung von Seite 1)

„Wir verwenden das Geld nur so lange, bis wir uns Luft geschaffen haben.“ Wenn die Pensionsreform ab 2003 greife, dann „brauchen wir das Geld nicht mehr“, verkündete der damalige ÖVP-Klubobmann.

**Versprochen! Nie verwirklicht! Das ist es, woran das Ansehen der Politik leidet. Es mangelt an Glaubwürdigkeit!**

Unverständlich auch, wenn der Seniorenbund-Obmann von einem „Scheitern der Familienpolitik“ spricht. Gescheitert sind die politischen „Macher“! Gewiss! Nicht aber die Idee des Familienlastenausgleiches!

Da plaudert man nun von der „Kinderbeihilfe“, an der nun der Sparstift angesetzt werden müsse. Der unbefangene Wähler nimmt also an, dass der Staat „seine“ Kinderbeihilfen in Zeiten der Not sparsamer „streuen“ müsse. Das aber ist eine pure Unwahrheit. Schon vor mehr als einem halben Jahrhundert hat die ÖVP eine Initiative des Karl-Kummer-Instituts verwirklicht: den Familienlastenausgleich. Über die „Durchführung des Familienlastenausgleiches“ – ein Beitrag von Wolfgang Schmitz – könnten die Maultrommler nachlesen worum es dabei geht.

**Unter dem Begriff Familienlastenausgleich versteht der Gesetzgeber „den Ausgleich der materiellen Mehrbelastung, die die Ernährung, Bekleidung, Unterbringung und Erziehung von Kindern verursacht. Der Ausgleich hat zwischen jenen zu erfolgen, die die Lasten im Interesse der gesamten Gesellschaft tragen (und Opfer bringen), und denjenigen, die solche Lasten nicht zu tragen haben, jedoch daraus Nutzen ziehen, dass es andere für sie tun.**

**Die Familienlasten müssen durch steuerpolitische Maßnahmen und durch Gewährung von Beihilfen ausgeglichen werden“.**

Dieser sozial gerechte Ausgleich funktionierte in Österreich Jahrzehnte hindurch, bis neoliberale Lobby und matt gewordene Christdemokraten wieder die „Kinderbeihilfe“ als Instrument staatlicher „Fürsorge“ deklarierten. Außerdem wurde der Fonds eine Art Selbstbedienungsladen für andere Zwecke, die man als Familienpolitik deklarierte.

Wäre es nicht Aufgabe christdemokratischer und sozialdemokratischer Politiker sich dafür einzusetzen, dass wieder der Familienlastenausgleich in der Familienpolitik angewendet wird? SCHWARZE, ROTE und BLAUE Persönlichkeiten realisierten damals das Gesetz. Die Reformer von heute sind also gefordert, sich der Leistungen ihrer Vorfahren zu besinnen.

Ich vermute, den Spindoktores der Wahlwerbung fehlt einfach das Wissen darüber und die Lobby der Bundespartei und deren finanzpolitische Buhlschaften trommeln ungestört ihr Schlagwort von der „Kinderbeihilfe“, ein Schlagwort einst auch der NS-Familienpolitik, die dem „Führer“ Soldaten bescheren sollte.

Kardinal Schönborn setzte sich, gefolgt von der Katholischen Aktion und dem Katholischen Familienverband an die Spitze des Widerstandes gegen den Abbau der Familienpolitik. Erfreulich auch die Berichterstattung in DER SONNTAG vom 14.11.2010, dem Nachfolger der legendären WIENER KIRCHENZEITUNG des Sebastian Brunner und gesellschafts-

politisch einst Pfeilspitze christlicher Sozialreform in der Tradition eines Friedrich Funder und der katholischen Pressvereine, die heute „Kanzeln“ auch einer liberalen Verkündigung geworden sind.

Imponierend wie sich nun eine katholische Abwehrfront auf dem Fundament der Soziallehre zu bilden scheint. Ich habe darum der Zeitung und ihren Mit-



arbeitern unsere Anerkennung ausgesprochen.

*Sehr geehrte Frau Chefredakteurin Elvira Groiss, sehr geehrte Damen und Herren!*

*Gratuliere zum Leitartikel „Zivilcourage und Wissen“. Er erinnert mich an meine Jugend, in der ich im „Institut für Sozialpolitik und Sozialreform“ (Kummer-Institut) an der Errichtung des Familienlastenausgleiches mitwirkte. Der junge Wolfgang Schmitz, Karl Kummer, Karl Lugmayer, A. M. Knoll, Heilingsetzer, Josef Steurer, Silvia Bayr-Klimpfinger u.a. Vertreter der Katholischen Soziallehre schufen damit die Grundlagen der Familienpolitik. ÖVP und SPÖ beschlossen das Gesetz. Ihre Nachkommen höhnten den Fonds meist für budgetäre*

*Zwecke aus. Der Grundsatz „Lastenausgleich“ und steuerliche Entlastung der Familienerhalter als Fundament der Familienpolitik wurde systematisch verludert und nun präsentieren die Macher wieder die „Kinderbeihilfe“, die vom Staat gewährt würde. Dieser Begriff aus der nationalsozialistischen Terminologie ist eine infame Verfälschung der ursprünglichen Absichten und Gesetzgebung. Nähere Details entnehmen Sie bitte der Broschüre von Wolfgang Schmitz, für die ich als Schriftleiter zeichnete. In der Katholischen Sozialakademie liegt sie sicher auf.*

*Leider geht das Wissen um Familienpolitik im Sinne der Soziallehre nicht nur in den Köpfen politischer Zeitgenossen verloren.*

*In Kardinal Christoph Schönborns „Kritik am Sparpaket der Bundesregierung“ erinnert er daran, dass der Familienlastenausgleichs fonds (FLAF) auf eine Anregung aus dem kirchlichen Bereich – konkret auf Kardinal Franz König – zurückgeht.*

*Das ist sensationell und bisher unbekannt gewesen! Hat er vielleicht über Josef Steurer, damals Obmann der KAB, diese Anregung gegeben?*

*Ergänzen Sie bitte mein Wissen um den Familienlastenausgleich: Wann und wie kam es zu dieser Anregung?*

*Das Wissen um den Inhalt des Familienlastenausgleiches gehört jedenfalls breit in Erinnerung gerufen.*

Mit herzlichen Grüßen

Walter Raming  
Chefredakteur i.R.

<sup>1</sup> Wolfgang Schmitz 1952/53 Leiter des Arbeitskreises im Institut für Sozialpolitik und Sozialreform (Kummer-Institut). Mitarbeiter der Bundeswirtschaftskammer, später Finanzminister und Präsident der Oesterreichischen Nationalbank.

## Liebe Bundesschwestern und -brüder!

**W**enn Träume wahr werden: Zu diesem Thema möchte ich einige Kindergeschichten erzählen, die mir in den letzten Wochen widerfahren sind. Sie haben mich tief berührt, ich empfinde sie geradezu als eine Hinführung auf das Fest, an dem wir das Er-



BUNDESPRÄSES PRÄLAT DR. GERHARD SCHULTES

scheinen des Gotteskindes auf Erden feiern:

1. Vor mehr als vier Jahren durfte ich einen Buben taufen, dem die Eltern den Namen eines Soldaten, des hl. Maximilian, gegeben haben. Wenn ich in meiner Heimat Hohenau die Sonntagsmesse feiern darf und dabei den Wunsch auf Frieden und Versöhnung ausspreche, dann macht sich der blonde Bub auf die Reise: Er geht durch das Kirchenschiff und gibt allen, auch manchen überraschten, Gottesdienstbesuchern die Hand und wünscht ihnen den Frieden. Da ist ein Friedensengel unterwegs. Der Weg zu Kirche und Kindergarten ist für den kleinen Buben in dem langgestreckten Ort nicht gerade kurz. So benützt er gerne sein Kinderfahrrad. Dabei machte er die unangenehme Erfahrung, dass schadhafte Gehwege seine Fahrt behindern. Als er sich darüber beschwerte, erklärten ihm die Eltern, dafür sei die Gemeinde zuständig, er müsse daher sein Anliegen dem Bürgermeister sagen. Also benützte Maximilian die Gelegenheit beim Erntedankfest, diesem nicht nur Frieden zu wünschen, sondern auch sein Anliegen ins Ohr zu flüstern. Der Bub brauchte nicht lange zu warten: Dank dem Herrn Bürgermeister Freitag, der auf die Wünsche seiner kleinsten Bürger so prompt reagiert!

2. In diesem Herbst wurde ich

von einem Paar, dessen weiblichen Teil ich schon seit seiner Kindheit kenne, zu einer Hochzeit nach Graz eingeladen. Schon in der stimmungsvollen Kirche von Strassgang fiel mir die große Zahl kleiner Kinder auf, deren Köpfe neugierig zwischen den Eltern hervorlugten. Bei der Tafel lernte ich das Sorgenkind der Familie kennen. Ich hatte vor Jahren schon seine Großeltern und später seine Eltern getraut. Bald erfuhr ich, dass die Eltern ein Kind erwarten, bei dem allerdings ein schwerer Herzfehler diagnostiziert wurde. Die Mutter musste schon vor der Geburt nach Linz kommen, wo es eine Spe-



zialklinik für Neonatologie gibt, um dort zu entbinden. Das Kind, dessen Herz nur eine Kammer aufweist, wurde sofort nach der Geburt und später noch einmal erfolgreich operiert. Mir fiel auf, dass es besonders an seiner Mutter hing. Ansonsten aber lief es mit den anderen Kindern, wie bei solchen Anlässen üblich, durch den Saal. Die blonden Haare, der helle Teint, das weiße Kleid und die ungebundene Fröhlichkeit des Mädchens machten mir bewusst, dass gerade ein sol-

ches Sorgenkind ein besonderes Gottesgeschenk an seine Eltern und seine Umgebung sein kann. Gott gebe, dass die noch ausstehende dritte Operation gelingt.

3. Ein ähnliches Erlebnis hatte ich justament bei einem Begräbnis: Ein Bub im Alter von acht Jahren war an Krebs erkrankt und in das Kinderspital „St. Anna“ in Wien eingeliefert worden, wo er einige Male eine Chemotherapie erdulden musste. Nicht nur die Eltern, sondern viele Christen seiner Heimatgemeinde beteten für ihn. Dann kam ich in seine Heimat und sah den kahlgeschorenen Buben mit

seinen dunklen Augen im weißen Ministrantengewand vor mir stehen. Am liebsten hätte ich ihn umarmt. Da er mich vorher nicht gekannt hatte, hielt ich mich zurück. Mein Eindruck ist: Der Bub ist durch die Leidenserfahrung offensichtlich geläutert, was wohl sein weiteres Leben prägen wird.

Gestern begegnete ich im Autobus einem Volksschüler mit einem überdimensionierten Rucksack, der ihn allerdings nicht hinderte, recht geschickte Turnübungen zu vollbrin-

gen. Seit Jahren wird in der Öffentlichkeit darüber diskutiert, dass die Schulkinder zu viele Lasten mit sich herum-schleppen; offensichtlich führt dies zu keinem Erfolg. Mir scheint dies symbolhaft: Die Kinder haben in der Öffentlichkeit fast keine Stimme, daher laden die Erwachsenen ihre Lasten schonungslos auf sie ab. Die Diskussion um die Macht in den Schulen geht über die Köpfe der Kinder wie auch deren Entfremdung von der Familie durch den Ausbau von Kinderkrippen und ähnlichen Institutionen. Von der völlig indiskutablen Abschiebepolitik bei ausländischen Kindern, die diese sogar in den Selbstmord treibt, ganz zu schweigen. Herodes „der Große“ fürchtete sich vor einem Kind, also ließ er andere ermorden. Und: Finden die Kinder in unseren Gottesdiensten und Gemeinden genug Raum?

Wird der Religionsunterricht als Dienst an den Kindern genügend geschätzt, gewürdigt und ermutigt? Was geschieht angesichts der Stagnation der Kinderpastoral?

Im Kind in der Krippe ist ein Traum der Menschheit wahr geworden. Gott ist nicht ferne über den Wolken, er existiert nicht nur in den Gehirnen von Frommen und Theologen, er hat Fleisch und Blut angenommen, er wurde einer wie du und ich, ohne dass das Böse an ihm haften blieb. Er ist kein Traum, sondern Wirklichkeit. Daher sollen wir Christen nicht nur vom Heil träumen, sondern die Wirklichkeit nach seinen Worten und seinem Vorbild gestalten. Die Sorge um die Kinder muss dabei Priorität erhalten, weil uns Gott in ihnen Zukunft schenkt.

Ein gesegnetes Fest des göttlichen Kindes und ein gutes Jahr 2011 in Gesundheit und Schaffenskraft wünscht Euer Bundespräses

Gerhard Schultes

# Charlys Tagebuchnotizen

## 10 KRITISCHE BEMERKUNGEN ZUM BUDGET

Wenn ein Finanzminister ein Budget sanieren soll, ist er wahrlich nicht zu beneiden.

Das trifft auf Josef Pröll zu und auch auf Karl-Heinz Grasser, der noch heute für sein Nulldefizit büßt – in biblischem Hass der damals oppositionellen Sozialdemokraten.



Damals oppositionell? Eigentlich auch heute! Denn Werner Faymann schwimmt auf der Welle „Die Reichen

MAG. FRANZ KARL

sollen zahlen“ und ich habe noch viele Ideen, wie ich meinen Koalitionsgegner ärgern kann. (z.B. wir brauchen eine neue Steuerreform – bei dem Defizit und den Schulden!). Dabei wäre gegen die Reichen-Mithilfe gar nichts einzuwenden, wenn es genügend Geld bringen würde, um das Budget zu sanieren. Aber das war den Roten ja immer egal, siehe Kreisky und Androsch! Und da bin ich ja schon beim Thema: Der Herr Androsch hat nichts Besseres zu tun als ein Volksbegehren zu erfinden – gegen die Schuldenpolitik, wo er Fachmann ist? Nein, Ablenkung ist angesagt, wir beschäftigen uns mit der Bildung. Ich hätte einen Vorschlag für ein anderes Volksbegehren, das wirklich dringend wäre: ein Rundfunk-Volksbegehren! Auf diese Weise will ein „politisch toter“ Androsch wieder in die Schlagzeilen kommen! Und natürlich der unseligen Frau Schmied helfen, die roten Gesamtschulideen umzusetzen. Wenn man liest, dass auf Volksschullehrer größter Druck ausgeübt wird, Einser zu geben, dann kann man nur das Schlimmste für die Zukunft befürchten! Aber genug des Ärgers, zu den konkreten Vorschlägen:

1) Die „Verlängerung“ von **Schulkompetenzen** würde große Einsparungen bringen. Dabei bleibt die Grundsatzgesetzgebung natürlich beim Bund. Wie unbeleckt Herr Androsch ist, zeigt schon seine

Meinung, wir würden 9 verschiedene Schulsysteme bekommen. Abschaffung der Bezirks- und Landesschulräte, weg mit Doppelgleisigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Koordinierung von baulichen Renovierungen und Neubauten etc. würden einiges Geld bringen.

2) Damit sich der Bund nicht über den Verlust „an Macht“ aufregen muss, alle **Spitalskompetenzen** an den Bund. Das wäre mit Punkt 1 ein Abtausch, der allen zugute kommen müsste.

3) In der **Familienpolitik** ist mit der Abschaffung des Mehrkinderzuschlages ein gravierender Fehler gemacht worden. Wollen wir nur mehr Kinder

von Migranten (denn die bekommen viele)? Dabei ist dies keineswegs eine HC-freundliche Äußerung, es geht ganz einfach darum, eine Klimaänderung zu erreichen. Die wird man allein mit mehr Kinderkrippen und Kindergärten nicht erreichen, wenn es auch sicher richtig ist, hier mehr zu investieren. Hingegen stehe ich zur Streichung der Familienbeihilfe für 24- bis 26-jährige Studenten. Von Ausnahmefällen abgesehen sollte in der Zeit bis 24 ein Studium möglich sein. Und die wenigen Fälle, wo das schwer oder nicht möglich ist (z.B. Medizin), wird sich eine spezielle Regelung finden lassen. Natürlich darf keine Bremse im Studienfortschritt vorhanden sein, wer die Berechtigung für ein bestimmtes Seminar oder Praktikum erworben hat, der muss auch einen Platz bekommen. Auch die Einschränkung der 13. Familienbeihilfe ist zwar hart, aber zumutbar – schließlich wurde diese (als Wahlzuckerl)

vor ganz kurzer Zeit eingeführt. Dieser Punkt würde also Geld kosten.

4) Ein weiterer Punkt, der im ersten Anlauf Geld kosten würde, ist der **Alleinverdienerabsetzbetrag** für Pensionisten. Die Abschaffung trifft vor allem jene Frauen, die in den Nachkriegsjahren dieses Land aufgebaut haben. Dagegen hätte man die Hacklerregelung, die ja großteils nicht „Hackler“ im Sinne von Schwerarbeitern trifft, deutlicher abspecken oder nach 2013 ganz abschaffen können. Damit wären wir insgesamt schon wieder bei einer Ersparnis.

5) Ist schon die Verschlechterung der **Pflegestufen** 1 und 2 schlimm, so muss man die

chen Branchen geflossen und hätte zur Wirtschaftsankurbelung durchaus beigetragen.

6) Von der Halbierung der Zahl der **Abgeordneten** halte ich gar nichts, auch die Abschaffung des Bundesrates ist eine Illusion. Hingegen hielte ich die Besetzung des Bundesrates mit Landtagsabgeordneten für sinnvoll und es wäre auch eine (kleine) Ersparnis.

7) Die **Verwaltungsreform** brächte viel Geld – ich bin aber nicht sicher, ob dies nicht zu Massenentlassungen von Bediensteten führen würde. Die Idee eines „Konklaves“ hat aber sehr viel für sich und sollte probiert werden. Zu verlangen wäre jedenfalls eine Angleichung der Landes-Pensionsregelung an die Bundesregelung. Ich halte es ganz einfach für ungerecht, dass ein Wiener Landesbediensteter um vieles besser aussteigt als ein Bundesbediensteter.

8) Volles Bekenntnis zum **Föderalismus**. Das muss aber nicht heißen, dass auf diese Weise viel Geld beim Fenster hinausgeworfen wird. Wir bekennen uns nicht umsonst zum Subsidiaritätsprinzip, und ich bin sicher, dass man mit den Landeshauptleuten durchaus vernünftig verhandeln kann.

9) Die Abschaffung der **Wehrpflicht** – von Häupl im Wiener Wahlkampf „per Volksbefragung“ forciert – hat zwar grundsätzlich meine Sympathie, wirft aber neue Budgetprobleme auf. Ein Berufsheer ist wahrscheinlich eher teurer als billiger und wie die Frage der zahlreichen Zivildienster zu lösen ist, sehe ich nicht.

10) **Josef Pröll** muss sich wirklich etwas überlegen: Ihm wird als Finanzminister immer der „schwarze Peter“ umgehängt und bei Faymann ist „nicht alles in Stein gemeißelt“ und der extreme Populismus erfährt fröhliche, rote Urständ! Und ohne Wien wird er die nächsten Bundeswahlen auch nicht gewinnen können – hier braucht es wirklich „einen frischen Wind“!

Einsparungen in Mio. Euro	2011	2012	2013	2014
<b>Pensionen</b>				
Wartefrist für Anpassung im 3. Pensionsjahr, Hackler- und Invaliditätspension	92	135	198	264
<b>Pflege</b>				
Einschränkung Zugang für Pflegestufe 1 und 2	17	59	100	142
<b>Familien</b>				
Änderungen bei Familienbeihilfe	253	270	270	270
Streichung von Absetzbeträgen	125	125	125	125
<b>Ausgaben für Investitionen</b>				
Schule, Universitäten, Schulbücher	170	170	170	170
Anhebung Forschungsprämie	100	100	100	100
Thermische Sanierung	100	100	100	100

Grafik: © APA, Quelle: AFN/BMI

Verschiebung der Barrierefreiheit auf das Jahr 2020 im Bundesbehindertengleichstellungsgesetz als Skandal größten Ausmaßes bezeichnen. Dies widerspricht nicht nur der UN-Behindertenkonvention, sondern macht behinderte Menschen zu Bürgern zweiter Klasse. Positiv sehe ich die zeitlich begrenzte Aufhebung des besonderen Kündigungsschutzes für behinderte Menschen, um zu prüfen, ob dieser besondere Schutz nicht viele Wirtschaftstreibende und auch die Republik und die Länder daran hindert, behinderte Menschen als vollwertige Arbeitskräfte aufzunehmen. Natürlich erspart die Nichterfüllung der Barrierefreiheit viel Geld, dieses Geld wäre aber in die Bauindustrie und ähnli-

**Der nö. Altlandeshauptmann Siegfried Ludwig, 85, hat seinen politischen Lebenslauf stets auch als aktives Mitglied des Karl Kummer-Instituts gestaltet. Die Grundsätze der katholischen Soziallehre und sein gesellschaftspolitisches Wirken sind ein gutes Beispiel, das der Jugend zum Leitbild werden soll. Die Aktion des Wiener Kardinals und seiner Partner geben neue Hoffnung.**

## **Altlandeshauptmann Siegfried Ludwig wird 85. Vorbild und Wegbereiter christdemokratischer Politik. Säulen niederösterreichischer Politik: Förderung von Familie, Wohnbau, Berufstätige Frau.**

**Die Politik ist stets auch das Spielgeld der Menschen, die sie machen. Ein Vorbild ist der niederösterreichische Altlandeshauptmann Siegfried Ludwig, der am 14. Februar 2011 seinen 85. Geburtstag begeht. Er war und ist ein Vorbild christlichsozialer Politik. Noch im hohen Alter wirkt er als Obmann des Aufsichtsrates der nö. Wohnbaugenossenschaft „Alpenland“. Im Kummer-Institut wirkt er im Kuratorium aktiv mit.**

Sein langjähriger Pressesprecher Prof. Dr. Charles Bohatsch würdigt u.a. Ludwigs Leistungen für den Wohnbau: Wir bringen einen kurzen Auszug.

Landesvater Ludwig war im blaugelben Land rund 25 Jahre für den Wohnbau verantwortlich. Er drehte immer wieder an den Schrauben der Wohnbauförderung, um sie zu verbessern, und er konnte sich von diesem sozialen Engagement bis heute nicht lösen: „Es ist mir ein Herzensanliegen, dass die jungen Familien rasch und möglichst billig zu den eigenen vier Wänden kommen.“ Etwa 230.000 Wohnungen und Einfamilienhäuser im Lande sind die Frucht seiner Wohnbaupolitik.

„Als christlicher Abendländer begeisterte sich Ludwig auch an der Idee eines vereinten Europas als großer gemeinsamer Kultur- und Wirtschaftsraum, der damals noch schmerzlich durch den Eisernen Vorhang in zwei unterschiedliche Machtblöcke getrennt war. Seine Vision war, diese Teilung wenigstens partiell zu überwinden und die Länder und Regionen entlang der Donau in eine Arbeitsgemeinschaft einzubinden. Da er mit dieser Idee beim bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und auch beim Wiener Bürgermeister Leopold Gratz auf Interesse und Zustimmung stieß, setzte Ludwig konkrete Schritte. Den Kooperationsvereinbarungen mit Südmähren und dem ungarischen Komitat Zala – schon 1986 – folgte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Mai 1990 die Gründung der Arge Donauländer. Ihr gehören heute de facto alle Regionen entlang der Donau an. Die bis heute fruchtbare Zusammenarbeit fokussiert sich auf Touristik und Verkehr, Umweltschutz und kulturellen Austausch.“



LH a.D. HR Mag. Siegfried Ludwig

„Ludwig ist wohl der letzte große ÖVP-Politiker, der sein politisches Wirken aus seinen christlichen Überzeugungen geschöpft hat, zugespielt könnte man formulieren: es war gelebtes Christentum. Von den tiefgläubigen Eltern streng katholisch erzogen, blieb er und ist er bis zum heutigen Tage ein treuer und dankbarer Sohn seiner Kirche. Die Sonntagsmesse in der Perchtoldsdorfer Kirche ist für ihn Pflicht: „Einen Sonntag ohne Gottesdienst gibt es für mich nicht.“ Das christliche Werte- und Weltverständnis ist für Ludwig das wichtigste Werkzeug zur sinnvollen Lebensgestaltung. Und er hat auch an seinem politischen Partner Ernst Höger immer geschätzt, dass dieser – im Gegensatz zu anderen Genossen – stets auf ein geordnetes Verhältnis zur Kirche Wert gelegt hat.“

Die katholische Soziallehre, die einen wichtigen Beitrag zum Aufbau unseres Sozialstaates geleistet hat, war für ihn eine Richtschnur seines politischen Wirkens. Das belegt auch seine enge Verbindung zum Dr. Karl Kummer Institut, dem er heute noch als Kurator dient und das seit den 50er Jahren als Thinktank Wirtschafts- und Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung mitgestaltet.

Dessen größte Leistung war wohl, den Familienlastenausgleich zu initiieren und politisch durchzusetzen. Ludwig schätzte auch die Leistungen der Kirche und ihrer Orden, die Niederösterreich über die Jahrhunderte geprägt haben. Und als stets zum Handeln getriebener Pragmatiker war es für ihn klar, dass die Kirche ihre Rolle als regionaler Faktor in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Bildung zum Nutzen des Landes und seiner Menschen zeitgemäßer wahrnehmen muss. Voraussetzung dafür war die Renovierung aller Stifte und Klöster: Unsere 10 Stifte, heute sind sie alle wieder in Ordnung. Die Äbte danken ihm dies, indem sie Ludwig jährlich zu einem gemeinsamen Essen einladen. Papst Johannes Paul II., den er mehrmals traf, und vor allem Kardinal Franz König schätzten den rührigen Gönner, der auch beim Bund Gelder locker zu machen wusste, und überhäufte ihn mit Ehrungen. Nur we-



1989 – Dienstbier, Mock, Ludwig

nige können sich gleich drei päpstliche Orden an die Brust heften. Das Tun und das Machen, das „I muss was zusammenbringen“, war und ist Ludwigs Grundeigenschaft und zugleich sein Lebenselixier, das ihn geistig frisch und körperlich fit erhält, auf die Wehwehchen des Alters vergessen lässt. So ist sein Blick stets nach vorne orientiert, das

Schwelgen in der Vergangenheit ist nicht seine Sache. Er ärgert sich über die Finanzkrise, die der nächsten Generation viel Wohlstand kosten wird. Er kritisiert den Werteverlust in der Gesellschaft und die Schwäche des konservativen Lagers. Er wünscht sich mehr Mut von seiner Kirche, die in Fragen der Gesellschaftsentwicklung sich viel öfter zu Wort melden müsste. Und er zählt zu den vielen EU-Befürwortern, die heute mit Skepsis beobachten, wie aus dem Europa der Vaterländer ein zentralistisches Gebilde entsteht.

Aber blickt der Landesvater a.D. doch auf sein eigenes Leben und Wirken zurück, dann ist der manische Macher mit dem Erreichten zufrieden:

„Sicher hat es ein Auf und Ab gegeben, aber unter dem Strich ist mein Leben positiv verlaufen. Mir ist einiges gelungen und ich würde in der Politik nichts anders machen. Jetzt im Nachhinein kann man sich fragen, ob eine Karriere in der Wirtschaft nicht gesundheitlich besser gewesen wäre. Denn wenn man den Job als Politiker ernst nimmt und die Menschen in den Mittelpunkt stellt, dann ist man Tag und Nacht gefordert.“

Und es wäre nicht Ludwig, würde er sich nicht in einer untrennbaren Schicksalsgemeinschaft mit seinem Niederösterreich sehen, das er so geprägt hat: „Es ist immer darum gegangen, dass es mit dem Land aufwärts geht und dass die Menschen, die da leben, sich wohl fühlen.“

Wir leben heute in einem sehr schönen und glücklichen Land. Und wenn sich die Politik immer wieder an den Menschen orientiert, dann gehen wir auch in eine gute Zukunft. Und das wünsche ich vom ganzen Herzen.“

***Die in der letzten Ausgabe von „aktuell“ vorgestellte Aktion zur gesellschaftspolitischen Erneuerung hat unter den Reichsbündlern ein reges Interesse gefunden. Wir setzen die Diskussion darüber mit den uns zugegangenen „Offenen Fragen an die Politik“ fort. Wir erwarten eure Stellungnahmen. Danke für die positiven ersten Reaktionen.***

## ***Aktion Erneuerung. Fragen an die Politik.***

***Die Diskussion um die Familienpolitik ist ein gutes Beispiel für den Verfall der Werte und eine immer mehr reine Interessenpolitik, in der nur jene Gruppen der Gesellschaft berücksichtigt werden, die über eine einflussreiche Lobby verfügen. Der vorliegende Budgetentwurf der SPÖ-ÖVP-Regierung ist ein getreues Spiegelbild davon.***

***Es ist erfreulich, dass nun auch der Wiener Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn, der „Katholische Familienbund“, die Religionsvertreter u.a.m. eine Gegenbewegung geweckt haben.***

- Warum lassen wir zu, dass immer mehr Geld in den Kapitalbereich abfließt und immer weniger bei den arbeitenden Menschen bleibt?
- Warum stärken wir nicht den Binnenmarkt durch radikal höhere Mindestlöhne mit Begleitmaßnahmen (Stärkung von Exporten, die sich rechnen, etwa durch massive Forschungsförderung, Importzölle auf Billigwaren, die nicht nach ethischen Prinzipien hergestellt werden) und erreichen damit gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklungspolitik und eine Senkung der Unternehmens- und Lohnsteuern?
- Warum erhöhen wir die MÖST statt vorzugeben, dass es 2020 keinen Verkehr mit Kraftstoffmotoren geben darf (gleichzeitig entwickeln wir Österreich und Europa zum Forschungsparadies für Alternativantriebe)?
- Warum verspielen wir die Zukunft unserer Kinder (20.000 Euro Schulden für jeden Staatsbürger)?
- Warum sparen wir bei der bildungsbereiten Jugend (Kürzung der Familienbeihilfe, gleichzeitig wollen wir die Akademikerquote erhöhen, stellen keine ausreichenden Studienressourcen zur Verfügung, wollen Studenten arbeiten schicken und gleichzeitig Studienbedingungen verschärfen. Husch-Pfusch-Minister wissen nicht einmal, dass es längere Schulformen und Studien gibt!)? Mit einer solchen Politik würde jedes Unternehmen, aber auch jede Familie Schiffbruch erleiden (Changemanagement wenn sich Rahmenbedingung ändern, z.B. Kinder geboren werden oder einer der Elternteile seine Arbeit verliert. Spart die Familie dann an der Zukunft der Kinder?).
- Warum verwirklichen wir nicht das Menschenrecht auf Arbeit (Wenn der Markt nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, muss das die Gemeinwirtschaft tun, auch in Kooperation mit Betrieben. Ist Reinigen einer Stadt oder eines Waldes vom Unterholz oder die Beschäftigung mit älteren Menschen weniger wert als das Kontenzählen in einer Bankfiliale? Wir lösen damit automatisch die ideologische Auseinandersetzung über „Zwangsbeschäftigung“ von Mindesteinkommens-Beziehern. Wir schaffen Arbeit, die bezahlt wird, nicht Bettellöhne)?
- Warum lassen wir zu, dass ganze Staaten von riesigen Finanzinstituten in den Bankrott getrieben werden (Sind Banken als Einrichtungen und Hilfsinstrumente der Menschen nicht dazu da uns zu dienen)?
- Warum lassen wir zu, dass mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Energieressourcen spekuliert wird? Warum sparen wir bei der Jugend, während z.B. die ehemals zur Gänze verstaatlichte ÖMV Milliardengewinne macht, die an Spekulanten verteilt werden?
- Warum lassen wir zu, dass gigantische weltweite Konzerne keine Bindung zu ihren Arbeitnehmern oder den Betriebsstandorten haben und trotz hoher Gewinne abwandern, damit Spekulanten noch mehr an Dividenden ausgezahlt werden kann?
- Warum gibt es keine grundlegende Reform unseres Bildungswesens (Länge, Inhalte)? Wir sollten nicht ausschließlich für die Wirtschaft ausbilden, sondern den Menschen bilden (kreativ, eigenständig, ethisch, glücklich, wertschätzend). Warum wird Machtfragen, wie ob den Bund oder die Länder zuständig sind, viel mehr Augenmerk geschenkt?
- Warum unterstützen wir weiterhin eine Reparaturmedizin, die im Interesse des Absatzes der Pharma- und MT-Industrie liegt, aber nicht im Interesse der Patienten?
- Glauben wir wirklich, dass wir auf Dauer alle Ressourcen der Welt verschwenden können und das einfach so bleiben muss? Ist das nicht einfach dumm?
- Warum orientieren wir uns an den Bedürfnissen eines Turbokapitalismus anstatt an den Bedürfnissen der Menschen?
- Warum ignorieren wir alle wissenschaftlichen Erkenntnisse (Philosophie, Soziologie, Biologie, Physik), wenn es um die planerische Gestaltung unserer Welt geht? Auf der einen Seite forschen wir, auf der anderen Seite unterwerfen wir uns den Zwängen des Kapitals.
- Warum denken unsere Politiker nicht einmal an solche Themen? Sind sie ungebildet? Sind sie uninteressiert? Ignorieren sie die menschlichen Bedürfnisse absichtlich? Themen und Probleme gehören zumindest einmal andiskutiert und analysiert, dann Ziele formuliert, vielleicht benötigt es zur Umsetzung längerer Zeiträume und vieler Schritte, aber ohne klares Erkennen von Problemen und klarer Zielformulierungen wird es nie zu Reformen kommen. Was würde der Chef eines Unternehmens mit Mitarbeitern tun, die gegen die Interessen des Unternehmens handeln, bewusst, aus Ignoranz oder Tollheit? Er würde sie hinausschmeißen. Sind nicht unsere Politiker – die von uns gewählt und beauftragten Repräsentanten des Volks – unsere Mitarbeiter? Oder verstehen wir Demokratie etwa falsch?
- Warum können Politiker nicht wie normale Menschen mit Hausverstand und Wertschätzung handeln? Oder glauben wir, dass der Mensch generell schlecht und böse ist und es deshalb nicht anders verdient? Die moderne Wissenschaft lehrt uns eines Besseren!

# RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM

## Wir gratulieren!

### 60. Geburtstag

Landesobmann RB NÖ  
Heinz Gober

### 65. Geburtstag

Peter Taborsky

### 80. Geburtstag

Josef Schober

### 85. Geburtstag

Landeshauptm. a.D.  
HR Mag. Siegfried Ludwig

### 95. Geburtstag

Prof. Dr. Otto Fritz

### Abtprimas der Augustiner Chorherren

Probst Bernhard Backovsky

## Reichsbund Bundesleitung

### Vorschau:

Ordentlicher Bundestag mit  
Neuwahlen am Donnerstag,  
14. April 2011.

### Ottakring

8. Februar 2010  
Traditionelle Faschings-  
veranstaltung im Pfarrsaal.

### Döbling

### Vorschau 2011:

Ein Abend mit „Irischer Vok-  
musik“, ein Abend mit dem  
„Klassischen Damenquartett“.

Reichsbund-aktuell mit Sport.  
– Herausgeber, Medieninhaber  
(Verleger) und Hersteller:  
Reichsbund, Bewegung für  
christliche Gesellschaftspolitik  
und Sport, 1080 Wien, Laudon-  
gasse 16, Tel. 0664/729 19 55. –  
Herstellungsort: Wien. Offenle-  
gung nach § 25 Mediengesetz:  
Grundsätzliche publizistische  
Richtung des Reichsbundes: In-  
formation und Schulung unserer  
Mitglieder im Sinne der christ-  
lichen Weltanschauung und För-  
derung der Jugend durch Sport.  
Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge müssen nicht der Mei-  
nung des Herausgebers entspre-  
chen. Redaktion: Mag. Franz  
Karl, Walter Raming (Politik  
und Wirtschaft), Franz Lugmay-  
er (Kultur), Rudolf Taborsky  
(RB-intern, Sport, Layout, Fo-  
tos). Es gilt die Anzeigenpreis-  
liste 9 vom 1. Jänner 1993.  
Bankverbindung: Raiffeisen-  
landesbank NÖ-Wien, Reichs-  
bund, Kto. 86454, BLZ 32000.

Separate Einladungen folgen.  
17. Juni 2011 „Brot und Wein“  
aus Döblinger Betrieben.  
Alle Veranstaltungen im  
Vereinshaus 1190 Wien,  
Hohenauergasse 12.

### Gut Freund

10. Jänner 2011, 18 Uhr  
„Neujahrssessen“ im GH Styria,  
Wien 20, Rauscherstraße 5,  
Anmeldung erforderlich,  
Tel. (01) 332 37 31.

31. Jänner 2011, 18 Uhr  
Monatsversammlung.

28. Februar 2011, 18 Uhr  
Heringschmaus.

Beide Veranstaltungen im  
Vereinslokal Ospelgasse.  
Jeden Dienstag von 16 bis  
ca. 20 Uhr.

Klubabende in 1200 Wien,  
Ospelgasse 30.

### Tulln St. Severin

16. Dezember 2010, 18 Uhr  
Lichtermesse, anschließend  
RB-Adventfeier im  
Pfarrzentrum Tulln St. Severin,  
Anton-Bruckner-Straße.

### Vorschau:

30. April 2011 Autobusfahrt  
Rosalia-Forchtenstein.

### Hollabrunn

12.–14. Dezember 2010  
Autobusfahrt „Klingende  
Bergweihnacht“ in  
Seefeld/Tirol.

### Vorschau 2011:

24.–30. Oktober 2011  
Donaukreuzfahrt vom  
Donaudelta nach Wien.  
Anmeldungen bei Bbr.  
Franz Berger, Tel. 02952/4303.

### RB Europajugend Gleisdorf

Beim 2. österr. Badminton-  
Jugendranglistenturnier  
2010/2011 schafften die  
Gleisdorfer Badminton-  
„Mädels“ die Sensation.  
Erstmalig im Jugend A-Bewerb  
spielberechtigt (vom Alter noch  
U 15) gab es gleich einen  
Doppelsieg. Platz 1 holte sich  
Martina Nöstl vor ihrer Team-



kollegin Melanie Krautwaschl.  
Melanie Bschaiden landete auf  
Platz 13. Weitere Platzierungen  
erreichten die Gleisdorfer im  
Damendoppel und Mixed-  
Bewerb mit 2. und 3. Plätzen.

### Reichsbund Sport Fußball

Bei der diesjährigen RB-  
Meisterehrung im Haus des  
Sports wurden in der Sparte  
Fußball 23 Mannschaften,  
16 Torschützen und 15 Schieds-  
richter ausgezeichnet. Für die  
Sparten Badminton, Racketlon,  
Wandern und Schach konnten  
für hervorragende Best-  
leistungen 41 Diplome über-  
reicht werden.

Die Weihnachtsfeier des  
Landes-Fachausschuss wird am  
Sonntag, 19. Dezember 2010  
im Kolpinghaus 1090 Wien um  
16 Uhr abgehalten, separate  
Einladungen folgen.

### Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreichs

Der Kärntner Diözesanbischof  
Dr. Alois Schwarz wurde im  
Gremium der Österr. Bischofs-  
konferenz Referatsbischof für  
die AKV und den Kath. Laienrat  
Österreichs. In dieser Funktion  
folgt er dem langjährigen  
Burgenländischen Diözesan-  
bischof Dr. Paul Iby.

Am 6. November fanden in  
Eisenstadt das AKV-Symposium

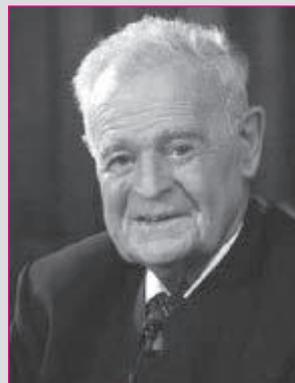
## Unsere Toten

Franz Schlögel  
Sonnberg

Josef Stöger  
Suttenbrunn

Anton Völker  
Wien

Landeshauptmann a. D.  
Ök. Rat Andreas Maurer  
Trautmannsdorf / L.



1919 – 2010

„Christ sein im Donauraum“  
und die Verleihung der „Bischof  
Lazslo-Preise 2010“ statt.

Die AKV sucht Mitarbeiter für  
den **Gesellschaftspolitischen  
Arbeitskreis** (Christliches  
Menschenbild, Kath. Sozial-  
lehre, Mut zu unkonventionellen  
Lösungen u.v.m.). Meldungen  
bitte an Präsident Dr. Zemanek,  
Tel. 0676 609 56 26 oder  
e-mail: josef.zemanek@gmx.net



Allen Lesern von  
„Reichsbund aktuell“  
wünscht die Bundesleitung des  
Reichsbund und die Redaktion  
ein friedvolles Weihnachtsfest  
und ein gutes neues Jahr 2011!

Rudolf Taborsky  
Bundesobmann

Prälat Dr. Gerhard Schultes  
Bundespräses

Ing. Thomas Tazimsky  
RB-Sport

Emmerich Schreiner  
Burgenland

Kurt Georg Unzeitig  
Kärnten

Heinz Gober  
Niederösterreich

Rudolf Schlapp  
Oberösterreich

Hans Bichler  
Salzburg

Wolfgang Wratschgo  
Steiermark

Peter Koptik  
Wien

# HERBSTZEIT – ERNTEZEIT

**D**er in meinem letzten Beitrag angesprochene vor uns liegende, besonders spannende und ereignisreiche Herbst hat meine Erwartungen übertroffen. Zuerst die Landtagswahl in der Steiermark. Voves konnte seine Position als Landeshauptmann verteidigen. In Wien hat Bürgermeister Häupl die „Absolute“ verloren und es gibt für die nächsten 5 Jahre eine rot-grüne Regierung. Die FPÖ wird mit



WALTER ZWIAUER

100 neuen Mandataren ans Werk gehen. Und die ÖVP möchte sich, nun schon seit 16 Jahren in der Opposition, mit Marek erneuern. Die schöne Weltstadt Wien ist seit Jahren eine der drei reichsten und lebenswertesten Städte auf diesem Planeten. Na ja – man wird sehen, wie sich das alles positiv entwickeln wird. Die Herbstlohnrunde hat mit einem passablen Abschluss der „Metaller“ begonnen. Nach Anfangsritualen über die Sitzordnung und darüber, wie man mit dem Thema Arbeitszeit umgehen wird, gab es einen Abschluss deutlich über der Inflationsrate. Bei den Handelsangestellten hat die Gewerkschaft Privatangestellte – djp 100.000 Fragebogen an Mitarbeiter persönlich ausgeteilt

Wir dürfen in Erinnerung bringen: Unsere Mitgliederzeitung „Reichsbund aktuell mit Sport“ erscheint auch **im Internet**. Zur Zeit stehen die letzten 19 Ausgaben zur Verfügung.

[www.amateurfussball.at](http://www.amateurfussball.at) – es erscheint eine Reichsbundseite, in der Kopfleiste Rubrik **Bundesleitung** anklicken, es erscheint eine Begrüßungsseite, am rechten Bildschirmrand die jeweils gewünschte Ausgabe von „RB-aktuell“ auswählen.

und 36.000 ausgefüllt zurückbekommen und damit einen klaren Auftrag, um zu einem guten und gerechten Abschluss zu kommen. Leider ist das in 5 Gesprächsrunden bisher nicht gelungen. Die Arbeitslosenrate ist in einem besseren Zustand als vor einem Jahr und die Inflationsrate niedrig, die Wirtschaft entwickelt sich gut. Daher kann man auch in anderen Branchen eine gute Ernte erwarten. Thema in diesem Herbst wurde wie erwartet das Sparpaket der Regierung. Aber dass es so einseitig negativ gegenüber den Familien ausfallen wird, hat niemand geahnt. Die Proteste sind dement-



sprechend groß. Verschiedene Organisationen, der ÖGB, bis hin zu den Familienverbänden organisieren zahlreiche Demos. Sogar Kardinal Schönborn hat die Regierung zu einer Aussprache ins Erzbischöfliche Palais geladen, um in der Phase der Begutachtung auf die Schiefelage hinzuweisen. Bisher ist aber nur von einem Abschleifen die Rede, ein Aufschneiden des Paketes wird strikt abgelehnt. Ich denke, dass hier noch einiges repariert werden wird. Dass diese Finanzmisere von uns Steuerzahlern beglichen wird, ist jedem klar, aber es muss sozial ausgewogen sein. Meinen Vorschlag dazu habe ich in der letzten Nummer gebracht. Anfang November fand das GPA-djp Bundesforum im Austria Center statt. Im Vorfeld tagte die Fraktion christlicher Gewerk-

schafter GPA-djp und bereitete sich auf die zukünftigen Aufgaben vor. Unter dem Motto „WIR LEBEN WERTE“ stand der Fraktionstag, um das Fundament und die Motivation der Organisation zu überdenken und sich neu zu orientieren. Das Hauptreferat dazu hielt Bischof Dr. Paul Iby. Er sprach den Funktionären Mut zu und dankte ihnen für ihren Einsatz. Die christliche Soziallehre ist einfach das Fundament der christlichen Gewerkschafter in der GPA-djp und in der Gesamtfraktion. Nach den Berichten gab es auch Neuwahlen, und es wurde das Haus für die nächsten 5 Jah-

Zukunft! Die Aufgaben der FCG in der Gewerkschaftsarbeit werden nicht leichter, aber es ist dem jungen Team mit neuem Elan und dem gelernten Teamgeist sicher ein besonderer Schwung zuzutrauen. Die Arbeit und der Einsatz der Betriebsräte und Gewerkschafter wird in dem krisengeschüttelten Wirtschaftssystem immer wichtiger und gewinnt noch mehr an Bedeutung für die Zukunft. Der Ausgleich und die Vertretung der Interessen der Menschen in den Betrieben ist eine zentrale Aufgabe im Auftrag unserer Gesinnung. Mit Sonntagsreden und Demonstrationen allein ist es nicht abgetan. Führungskräfte und Manager haben eine moralische Verantwortung, nicht nur fürs Kapital. Miteinander im Sinne der christlichen Soziallehre ist das Zauberwort und das Geheimnis für ein friedliches „Miteinander leben“ in der Familie und in der Arbeitswelt.

Das meint euer Walter. ■

## In eigener Sache:

Bitte unterstützen Sie uns!  
Mit Ihrem Beitrag von nur

€ 16,-

ermöglichen Sie den Fortbestand unserer Schriftenreihe auch im 64. Bestandsjahr.

Für Ihre Unterstützung danken wir im Voraus!

**Bitte beachten Sie  
den beiliegenden  
Zahlschein!**

Zul.-Nr. GZ 02Z033683 M